

Der Skandalmechanismus der Medien hält auch Chancen bereit

# Der lange Winter der Union

Helmut Berschin

Das politische Leben der Republik war diesen Winter beherrscht von der *chronique scandaleuse*. Sie begann Ende November 1999, als der frühere CDU-Schatzmeister Kiep vor der Augsburger Staatsanwaltschaft belastende Aussagen zur Spendenpraxis seiner Partei machte.

Was als Affäre begann, entwickelte sich rasch zu einem Skandal, einem moralischen Entrüstungsschauspiel, in dem das öffentliche Ansehen der CDU im politischen Meinungstief unterzugehen drohte.

Der Skandal war ein Finanzskandal, es ging um Geld, genauer: Geldspenden. Die in anderen Ländern politisch ebenso skandalträchtigen Bereiche Sex, Liebe und Gewalt spielten bei diesem deutschen Stück keine Rolle: Keine Praktikantin enthüllte das Sexualleben des Staatschefs; niemand bekannte sich, wie in Frankreich, als „Mätresse der Nation“, und kein Politiker wurde, wie in Belgien oder Italien, erschossen.

Finanziell war der Skandal kein „Milliardending“, er hatte fassliche und anschauliche Ausmaße: Im Wesentlichen handelte es sich um nicht deklarierte Parteispenden an Bundeskanzler Kohl in Höhe von 2,1 Millionen D-Mark (der Preis eines größeren Einfamilienhauses in München), eine Spende von hunderttausend Mark (das Handgeld für einen mittelmäßigen Amateurfußballspieler) an den CDU-Fraktionsvorsitzenden

Schäuble sowie verschiedene Schwarzgeldkonten der hessischen CDU, die sich im Laufe von achtzehn Jahren auf rund 32 Millionen D-Mark summierten – das entspricht etwa den in diesem Zeitraum kumulierten Nebeneinnahmen des Chefarztes eines Kreiskrankenhauses.

Nicht nur die Höhe der Spendengelder war für das Publikum leicht zu verstehen, sondern auch der physische Umgang mit diesem Geld: Es wurde in Koffern transportiert, in Briefumschlägen übergeben, in Tresoren zwischengelagert, kurz: ein Geldverkehr altväterlicher Art, fern vom digitalen Zeitalter, in dem in Sekundenschnelle Milliardenbeträge in Aktien, Optionen und Devisen um den Globus bewegt werden.

---

## Minima facta, maxima moralia

---

Für Skandale gilt die mediale Regel: *minima facta, maxima moralia*, ausführlicher gesagt: Der geringste Anlass kann zu größtmöglicher Entrüstung führen. Ob und wann der Skandalmechanismus greift, lässt sich allerdings weder planen noch voraussagen; die meisten möglichen Skandale bleiben ohne öffentliches Echo oder verköcheln als Affären. Ein großer Skandal kommt immer überraschend, plötzlich und ohne Vorwarnung, im Falle der CDU sozusagen aus heiterstem Himmel: Noch we-

nige Wochen vor Ausbruch des Spenden-skandals hatte die *Süddeutsche Zeitung* (8. November 1999) über den Protagonisten geschrieben: Der Herbst des Patriarchen will nicht enden. Rastlos, als sei er immer noch Kanzler und CDU-Vorsitzender und müsse Wahlen gewinnen, zieht Helmut Kohl durch das In- und Ausland. „Ich bin ein Parteisoldat“, sagt er und genießt sichtlich, dass sich auch mancher Parteifreund darüber wundert, wie der „alte Elefant“ (Kohl) durch Straßen und Säle zieht und die Menschen wieder begeistert „Helmut, Helmut“ rufen. Die CDU und Kohl sind also nicht Opfer der „bösen“ Medien geworden, auch wenn die Medien, nachdem der Skandal da war, den Empörungsmarkt kräftig bedienen; denn Skandal bringt Quote, und Quote ist Erfolg.

Ebenso wenig, wie ein großer Skandal sich planen lässt, kann man ihn sofort erkennen. Im Rückblick ist klar, dass die CDU-Führung die Brisanz des Spendenthemas unterschätzte und dann viel zu lange taktierte – aber war ein solches „Aussitzen“ früher nicht das richtige Rezept gewesen? So kam es zu dreizehn quälenden Wochen – bis zum Rücktritt des Partei- und Fraktionsvorsitzenden Schäuble. Zum Vergleich: Der Daimler-Benz-Konzern zog 1997 bereits nach wenigen Tagen einen neuen Autotyp zurück, nachdem ein Testwagen im so genannten Elchtest umgekippt war und das Foto des aus der Kurve fliegenden Autos um die Welt ging. Durch diese rasche Entscheidung konnte das Unternehmen einen Imageverlust vermeiden, der es in seiner Kernkompetenz getroffen hätte, nämlich sichere Autos zu bauen. Die CDU-Führung hingegen zögerte und zauderte, weil sie in der Spendenfrage zunächst ein juristisches Thema sah; erst spät, zu spät, wurde das viel wichtigere Imageproblem erkannt und dass

dabei juristische Finessen weder die Öffentlichkeit noch die eigene Parteibasis interessierten. Professionelles Krisenmanagement, also: rasche Abhilfe, Schuldeingeständnis, schnelle Aufklärung, neue Vertrauenswerbung, zeigte nur ein CDU-Politiker: der hessische Ministerpräsident Koch – der vermutlich deshalb zur Zielscheibe der politisch Korrekten im Lande geworden ist.

---

### Moralische Trittbrettfahrer

---

Ein Skandal ist eine gute Gelegenheit, um sich ohne Unkosten moralisch zu engagieren. Beim CDU-Finanzskandal fällt allerdings auf, dass der deutsche Protestmotor nicht auf so hohe Drehzahlen kam wie zum Beispiel 1995, als der Ölkonzern Shell, der eine ausgediente Verladeplattform in der Nordsee versenken wollte, öffentlich boykottiert wurde und Umsatzeinbußen bis zu dreißig Prozent erlitt. Die evangelische Kirche, die damals zum Boykott der Tankstellen des Konzerns aufrief, blieb dieses Mal still – vielleicht deshalb, weil sie eine eigene Finanzaffäre hat (im Münchner Dekanat fehlen Abrechnungsbelege über 11,2 Millionen D-Mark), die zum Skandal werden könnte; Ähnliches gilt für die katholische Kirche.

Auch die SPD, die diverse Abrechnungsaffären am Halse eigener Spitzenpolitiker hat, musste sich moralisch bremsen, und die Entrüstung der Grünen, die plötzlich mit Feuereifer für Recht und Gesetz eintraten, nachdem sie früher organisierten Gesetzesbruch als „Regelverletzung“ banalisiert hatten, nahm niemand richtig ernst: Sie sind „die heimlichen Verlierer“ (*Die Zeit*, 2. März 2000) des Skandals.

Der offene Verlierer ist die CDU; sie erlitt einen enormen Imageschaden, einen Verlust

**Der lange Winter der Union**

an symbolischem Kapital, der weit schwerer wiegt als der materielle Schaden. Verloren haben auch der Staat und die politische Klasse, nämlich an Seriosität, weil sich Politiker an Gesetze, die sie selbst gemacht haben, nicht hielten.

Von einer Staatskrise zu sprechen ist aber übertrieben – außer man vertritt die altdeutsche idealistische Auffassung, der Staat sei eine „moralische Anstalt“, in der Formulierung Hegels: „Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee“ (*Rechtsphilosophie*, 1821, Paragraph 252). Die politische Wirklichkeit einer Demokratie kann diesen hohen Anspruch nicht erfüllen: Gesetze fallen nicht vom Himmel (man wird im deutschen Steuerrecht nur schwierig die sittliche Idee der Gerechtigkeit finden), sondern werden von Interessen gemacht, menschlichen Interessen – auch allzu menschlichen. Die Bürger wissen das, und sie wissen auch, dass es bei der Gesetzesakzeptanz allzu menschlich zugehen kann.

Der Staatsbürger Dr. Helmut Kohl würde deshalb für einen „Fehler“ in einer Finanzsache, bei der er sich nicht bereichert hat, viel Verständnis finden. Für einen Staatsmann und Bundeskanzler gelten aber andere Maßstäbe, und es kam zum Skandal, weil Kohl sich an eine Grundregel der Mediendemokratie nicht gehalten hat, die – in Abwandlung eines alten lateinischen Spruches – lautet: *Quod licet bovi, non licet Iovi*, frei übersetzt: „Was sich ein Normalbürger

moralisch leisten kann, ist einem großen Politiker noch lange nicht erlaubt.“

**Mediale Abwicklung**

Nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 27. Februar 2000, bei der ein „Strafgericht“ der Wähler über die CDU ausblieb, trat der Finanzskandal in der öffentlichen Wahrnehmung zurück. Die Skandalkurve hatte ihren Scheitelpunkt überschritten: Der Koloss Kohl war gestürzt, sein Nachfolger mitgerissen. Die Medien brauchten neue Themen, neue Gesichter und mussten alte ablegen. Der Finanzskandal wird nun als Affäre abgewickelt – und Affären hat das Land viele.

Was war also? Ein monatelanges politisches Beben, das die CDU erschütterte und orientierungslos machte. Im späteren Rückblick hat diese Krise aber vielleicht nur einen Wandel beschleunigt, der nach der verlorenen Bundestagswahl von 1998 sowieso bevorstand. Die fulminanten Wahlerfolge der Union im Jahr 1999 beruhten ja weniger auf erneuerter Kraft als auf der Schwäche einer Bundesregierung, deren „Schlechter so!“ vom Wähler noch weit weniger geschätzt wurde als ein Jahr vorher das „Weiter so!“ der abgewählten Ära Kohl. Die durch den Finanzskandal beschleunigte Neuformierung der CDU kann der Partei nun einen Modernisierungsvorsprung geben, der zur Erfolgchance der Zukunft wird.

**Schaulaufen**

*Wir treten den Wettbewerb um die schönsten Fernsehbilder, die feinsten Anzüge und die dicksten Zigarren mit Gerhard Schröder gar nicht erst an.*

(CDU-Fraktionschef Friedrich Merz auf dem Essener Parteitag)